

# Schwachpunkte beseitigen

Standpunkt der FBP-Abgeordneten Doris Frommelt zur häuslichen Pflege

Die Neuerungen bei der häuslichen Pflege und Betreuung, die auf Jahresbeginn 2010 in Kraft getreten sind, werden von den Betroffenen und deren Angehörigen allgemein begrüßt. Dass Handlungsbedarf vorhanden war und viele auf eine neue Regelung gewartet haben, lässt sich daraus ableiten, dass bis Ende August schon 243 Anspruchsberechtigte einen Antrag auf Auszahlung eines Pflegegeldes gestellt haben.

Allerdings haben sich in den ersten Monaten ein paar Schwachpunkte gezeigt, die behoben werden müssen. Ich bin oft auf diese Probleme angesprochen worden, die sich im Alltag zeigten. Die FBP-Fraktion reichte deshalb ein Postulat ein, das die Regierung auffordert, insbesondere für die drei Hauptprobleme eine Neuregelung zu finden. Der Landtag reagierte positiv auf das FBP-Postulat. Ich bin sehr froh, dass unser Postulat, das ich vertreten konnte, schon bei der Überweisung die sehr hohe Zustimmung von 22 Abgeordneten gefunden hat. Mit Zufriedenheit nahm ich auch die Versicherung der Regierung zur Kenntnis, nach Lösungen zu suchen und die notwendigen Verbesserungen dem Landtag vorzulegen.

Aus vielen Gesprächen mit Pflegebedürftigen und deren Angehörigen schälten sich drei Problemfelder heraus, bei denen Handlungsbedarf besteht, wie die Praxis der häuslichen Pflege und Betreuung in den letzten Monaten gezeigt hat: Es geht um vereinfachte Abrechnungen, die Einführung eines Betreuerinnenpools und um eine Lösung für ausländische Pflegekräfte.

Zur Abrechnung: Zwischen Pflegebedürftigen und Betreuungspersonen entsteht ein Arbeitsverhältnis, das die Pflegebe-



FOTO MICHAEL ZANGHELLINI

«Pflegebedürftige und Familienangehörige sind überfordert mit den administrativen Aufgaben»: Doris Frommelt.

dürftigen in die Rolle eines Arbeitgebers bringt, der den Lohn abzurechnen hat. Diese Rolle überfordert viele Pflegebedürftige und deren Familienangehörigen. Es gibt Familien, die wegen dieses hohen administrativen Aufwandes auf Pflegegeld verzichten, weil sie durch die psychische und physische Belastung durch die Pflegesituation schon stark gefordert sind. Mit dem FBP-Postulat wird die Regierung ersucht, beispielsweise durch die Auszahlung von Nettobeiträgen, dieses Verhältnis zu entspannen.

Zum Betreuungspool: Viele Familien bekunden Mühe, geeignetes Pflegepersonal zu finden. Dabei gibt es in Liechtenstein sicher Personen, die gern Betreuungs- oder Pflegeaufgaben übernehmen würden. Für die Koordination dieser Einsätze, die oft nur stunden- oder tageweise erfolgen, braucht es eine geeignete Organisation. Mit dem Postulat hat die FBP-

Fraktion der Regierung den Auftrag erteilt, nach einer Lösung zu suchen.

Zu den ausländischen Pflegekräften: Mit dem zunehmenden Alterwerden unserer Bevölkerung wird es nicht mehr möglich sein, das Betreuungs- und Pflegepersonal vollständig im Land selbst zu finden. Wir sind deshalb auf die Hilfe ausländischer Personen angewiesen, was angesichts der restriktiven Ausländergesetzgebung auf grosse Hindernisse stösst. Das FBP-Postulat ersucht die Regierung um eine Lösung, damit ausländisches Betreuungs- und Pflegepersonal einen befristeten ausländerrechtlichen Sonderstatus für die Zeit ihrer Betreuungs- und Pflegetätigkeit erhalten kann.

Diese drei Problemkreise gilt es vorrangig zu lösen. Wichtig für mich ist, dass mit der Einführung des Betreuungs- und Pflegegeldes auf den 1. Januar 2010 die

Pflege und Betreuung in der gewohnten häuslichen Umgebung aufgewertet und eine echte Alternative zur stationären Pflege in einem Pflegeheim geschaffen wurden. Deshalb erachte ich es als selbstverständlich, dass die aufgetauchten Probleme gelöst und im Sinne von zukunftsweisenden Lösungen geregelt werden. Es geht um unsere älteren Mitmenschen und ihre Angehörigen, die für die häusliche Pflege und Betreuung möglichst optimale Bedingungen vorfinden sollten. Unser Land ist auf betreuende Angehörige angewiesen, die nicht nur eine Entschädigung für ihre aufopfernde Hilfe verdienen, sondern auch Unterstützung auf andere Art brauchen. Müssten alle Pflegebedürftigen den Alters- und Pflegeheimen untergebracht werden, so würden die vorhandenen Kapazitäten bei Weitem nicht ausreichen.

Doris Frommelt,  
FBP-Abgeordnete